



BLICKPUNKT WAHLKREIS 43



Gudrun Pieper Mdl

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

zum Jahresende ist das beherrschende Thema im Landtag die Haushaltsberatung für das kommende Jahr. Der Haushalt ist die sog. ‚Königsdisciplin‘, d.h.: Hier wird zum Ausdruck gebracht, wo die Schwerpunkte der Regierungsfraktionen, der Opposition und der Landesregierung liegen. Kontrovers wurde wieder diskutiert, unsere Vorschläge abgelehnt. Mit der Arroganz der Einstimmen-Mehrheit verschloss man sich gegenüber vernünftigen Argumenten. Schade. Wieder ein vertanes Jahr für Niedersachsen.

Was sonst noch geschah?
Lesen Sie meinen Blickpunkt.

Ich wünsche Ihnen geruhsame Weihnachtstage, einen guten Rutsch ins Neue Jahr und stets Gesundheit und Schaffenskraft.

Herzlichst Ihre

TERMINAUSZUG

22.12.2015 WAHLKREIS
WEIHNACHTSBESUCHE POLIZEIATIONEN
BAD FALLINGBOSTEL, WALSRODE,
SCHWARMSTEDT

15.-16.1.2016 HÜNZINGEN
KLAUSURTAGUNG CDU LANDESVORSTAND

20.1.-22.1.2016 HANNOVER
PLENUM



V.i.S.d.P.

Gudrun Pieper Kristin Kühling
Hauptstraße 9, 29690 Schwarmstedt

Tel.: (05071) 800 25 25
info@gudrunpieper.de

CDU-Haushaltentwurf stärkt innere Sicherheit, entlastet Kommunen und investiert in Niedersachsens Wirtschaft - Rot-Grün lehnt ab -

Stärkung der inneren Sicherheit, Entlastung von Niedersachsens Kommunen in der Flüchtlingsarbeit, Ausbau der Wirtschaft und eine Absenkung der Neuverschuldung: Diese Schwerpunkte beinhaltet der 500 Millionen Euro umfassende Haushaltsantrag der CDU-Landtagsfraktion. Dabei war uns wichtig, dass Niedersachsens Kommunen eine Entlastung erhalten, da sie die Hauptlast bei der Flüchtlingsunterbringung tragen. Hier besteht großer Handlungsbedarf, damit die Situation in den Landkreisen und Gemeinden nicht eskaliert. Die Landesregierung sollte ihrer finanziellen Verpflichtung gegenüber Niedersachsens Kommunen endlich angemessen nachkommen und beispielsweise Flüchtlingskosten zeitnah finanzieren, anstatt deren Erstattung zu verzögern. 57 Millionen Euro sah der CDU-Haushaltsantrag daher für Niedersachsens Kommunen vor. Damit sollte die Erstattung um ein Jahr vorgezogen werden.

Damit wir den innenpolitischen Herausforderungen gewachsen sind und das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung nicht leidet, benötigen wir mehr Polizisten auf Niedersachsens Straßen. Der große Flüchtlingszustrom und die wachsende Bedrohung durch islamistischen Terror bringt die Polizei an ihre Belastungsgrenze. Daher sollten 250 zusätzliche Polizeianwärter 2016 eingestellt – und somit bis 2019 um insgesamt 1000 zusätzlichen Beamten verstärkt werden. „Gleichzeitig muss der von SPD und Grünen veranlasste Personalabbau beim Verfassungsschutz umgekehrt werden. Unser Nachrichtendienst muss personell und technisch in die Lage versetzt werden, den islamistischen Terror effektiv bekämpfen zu können“, forderte CDU Fraktionsvorsitzender Björn Thümler.

Mit Blick auf das Thema Wirtschaft stagniert unter Rot-Grün der Infrastrukturausbau in Niedersachsen. Doch Häfen und Straßen spielen eine zentrale Rolle im internationalen Warenwirtschaftsverkehr. Hier muss Niedersachsen besser aufgestellt werden. So sollten die Entflechtungsmittel des Bundes in Höhe von 15 Millionen Euro, die Niedersachsens Kommunen für den Straßenbau und den öffentlichen Personennahverkehr zustehen, nicht wie von der rot-grünen Landesregierung vorgesehen - zur Finanzierung der Landesstraßen erhalten, sondern in die Kommunen fließen. Für den Landesstraßenbau sah die CDU-Landtagsfraktion insgesamt 10 Millionen Euro mehr als die Landesregierung vor. Auch Niedersachsens Seehäfen müssen nach Ansicht der CDU angemessen im Landeshaushalt berücksichtigt werden: 10 Millionen Euro mehr wollte die CDU der Hafengesellschaft NPorts zur Verfügung stellen. Dass die Finanzierung der Maßnahmen ebenso möglich ist wie die Absenkung der Neuverschuldung, erklärt CDU-Fraktionsvize Reinhold Hilbers: „Die Kombination aus Rekordsteuereinnahmen, historisch niedrigem Zinsniveau, Ausgabendisziplin und nach wie vor hohen Rücklagen erlaubt es, Niedersachsens Neuverschuldung trotz der Belastungen durch die Flüchtlingskrise um **260 Millionen Euro zu senken**. Erforderlich hierfür ist ein Mix aus Einsparungen, Rücklagenentnahme und Mehreinnahmen. Der von Rot-Grün aufgeblähte Ministerialapparat muss verschlankt werden. Umschichtungen im Haushalt schaffen Gestaltungsspielräume. Mit unserem Antrag sind wir auf dem Abbaupfad zur Einhaltung der Schuldenbremse im Jahr 2017. Die Politik des maximalen Schuldenmachens muss schnell beendet werden“, forderte Hilbers. Unser

Entwurf zeigte, dass gleichzeitiges Modernisieren, Investieren und Konsoolidieren kein Widerspruch ist.

Der Haushaltsplan von Rot-Grün zeichnet sich durch beispiellos niedrige Investitionen aus, kritisierte Hilbers. „Hier wollen wir gegensteuern mit Landesmitteln für den Wohnungsbau, Investitionsmittel für Krankenhäuser, Landesstraßenbau oder den Bereich Wirtschaftsförderung. Das ist dringend notwendig, damit Niedersachsen nicht den Anschluss verliert.“

Die wichtigsten Beschlüsse der CDU-Landtagsfraktion im Überblick:

- Keine Selbstbedienung des Landes aus Geld, das den Kommunen zu steht - Entflechtungsmittel für kommunalen Straßenbau und ÖPNV bei Kommunen belassen: +15 Mio. Euro
- Zusätzliche Mittel für den Landesstraßenbau +10 Mio. Euro
- Stärkung der Hafengesellschaft NPorts +10 Mio. Euro
- Stärkung der Luft- und Raumfahrt: +5 Mio. Euro
- Zuschüsse für innovativen Schiffbau: +2,9 Mio. Euro
- Zukunftsfonds zur Förderung von Innovationen und Investitionen in den Kommunen: +2 Mio. Euro

Mit Hilfe der N-Bank soll ein Zukunftsfonds zur Förderung von Innovationen und Investitionen in den Kommunen in Höhe von insgesamt 250 Mio. Euro aufgelegt werden, der zwei Förderschwerpunkte vorsieht:

- a) *Innovations- und Investitionsförderung für alle Landkreise, die Region Hannover und die kreisfreien Städte*
- b) *Besondere Förderung strukturschwacher Regionen*

Die Mittel werden den Kommunen in fünf gleichen Jahresraten in Höhe von jeweils 50 Mio. Euro in den Jahren 2016 bis 2020 in Form von Darlehen zur Verfügung gestellt. Ähnlich der „Regionalisierten Teilbudgets“ soll eine unbürokratische Abwicklung über die NBank - ohne die restriktiven Vorgaben der EU-Förderung im Bereich EFRE - erfolgen. Zins- und Tilgungsleistungen werden vom Land übernommen. Mit den nunmehr eingestellten 2 Mio. Euro ist eine anteilige Jahresfinanzierung für 2016 sichergestellt.

- Stärkung des Medienstandortes Niedersachsen: +275.000 Euro
- Kommunen bei Flüchtlingsunterbringung unterstützen: +57 Millionen Euro.
- Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt: +4 Mio. Euro
- 1000 zusätzliche Polizisten bis 2019 - 250 zusätzliche Polizeianwärter in 2016: +4,6 Millionen Euro
- 200 zusätzliche Kräfte für Polizeiverwaltung: +3,6 Millionen Euro
- Niedersachsens Polizei muss auf der Straße sein und stärker von Verwaltungsaufgaben entlastet werden.*
- Ausgleich Mehrbelastung Polizei: + 2,1 Millionen Euro
- Bekämpfung des Islamismus: + 1,25 Millionen Euro
- Psychosoziale Ambulanz für Sexualstraftäter: +500.000 Euro Gesundheit und Soziales
- Soziale Wohnraumförderung: +10 Mio. Euro
- Vor dem Hintergrund des erheblichen Bedarfs an preiswertem Wohnraum in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt fordert die CDU die Aufstockung des Wohnraumförderfonds um originäre Landesmittel in Höhe von 10 Mio. Euro.*
- Landeseigenes Städtebauförderungsprogramm (Konversion): + 5 Mio. Euro
- Krankenhausinvestitionsmittel: +20 Mio. Euro
- Um den Investitionsstau bei den Krankenhausbaumaßnahmen allmählich abzubauen, ist die Erhöhung der Krankenhausinvestitionsmittel um jährlich 20 Mio. Euro, abgesichert durch eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 60 Mio. Euro für die kommenden drei Jahre, erforderlich.*
- Förderung der hausärztlichen Versorgung: +600.000 Euro
- Für die Stärkung der vertragsärztlichen Versorgung im ländlichen Raum und die Förderung von Medizinstudenten mit Wahlfach Allgemeinmedizin im Praktischen Jahr wollen wir den bis 2013 gültigen Haushaltsansatz beibehalten, um die hausärztliche Versorgung in*

unterversorgten Gebieten auch weiterhin gewährleisten zu können.

- Sprachförderunterricht für Flüchtlingskinder in Schulen +9 Mio. Euro
- Ausbau der schulischen Sozialarbeit +9,5 Mio. Euro
- Sprachförderung im vorschulischen Bereich +6,5 Mio. Euro.
- Inklusion an Grundschulen: Mehr Mittel für Lehrer-Weiterbildung: + 3 Mio. Euro
- Erstattung von Kosten für die Einführung der inklusiven Schule auch für private und kirchliche Schulträger: +1,2 Mio. Euro
- Sonderprogramm „Sprachförderung für Asylsuchende“: +10 Mio. Euro
- Verstetigung des Investitionsprogramms für kleine Museen: +1 Mio. Euro
- Zuweisungen an die kommunalen Theater: + 800.000 Euro
- Stärkung des Niedersächsischen Instituts für frühkindliche Bildung und Entwicklung (nifbe): +500.000 Euro
- Zuschuss an die Landwirtschaftskammer Niedersachsen: +6.6 Mio. Euro.
- Verzicht auf Gebühren für anlasslose Routinekontrollen im Lebensmittelbereich: -3.5 Mio. Euro
- Landwirtschaftliche Familienberatungen und Sorgentelefone: +40.000 Euro
- Naturschutzförderung aus EU-Mitteln: +4,2 Mio. Euro
- Bedarfsgerechte Befeuerung von Windenergieanlagen: +500.000 Euro
- Wolfsmanagement: +57.000 Euro
- Um den Aufwand für die Schäfer und die Bürokratiekosten bei Entschädigungszahlungen für Wolfsrisse zu reduzieren, soll eine Beweislastumkehr eingeführt werden. So ließen sich allein bei den DNA-Analysen mehr als 30.000 Euro einsparen. Diese Mittel würden für Präventions- und Billigkeitsleistungen zur Verfügung stehen.*

Doch Rot/Grün lehnt ab!

PLENUM IN KÜRZE

Niedersachsen übernimmt

Vorreiterrolle -

Landtag verabschiedet CDU-Antrag zur Gleichstellung aller von Assistenzhunden unterstützten Menschen mit Behinderungen

Als „wichtigen Beitrag zur Inklusion“ bezeichne ich, als Beauftragte der CDU-Landtagsfraktion für Menschen mit Behinderungen, den einstimmig verabschiedeten Antrag der CDU zur Gleichstellung aller von Assistenzhunden unterstützten Personen. Mit unserem Antrag, der in der schriftlichen Anhörung auf breite Unterstützung aller zuständigen Fachverbände gestoßen ist, fordern wir die rot-grüne Landesregierung auf, sich für rechtliche Rahmenbedingungen einzusetzen, die Assistenzhunden den Zutritt zu allen Bereichen des öffentlichen Lebens ermöglichen. Die Tiere leisten einen wesentlichen Beitrag zur Mobilität und Selbstständigkeit ihrer gesundheitlich eingeschränkten Besitzer. Assistenzhunde sind im Alltag ihrer Besitzer von lebenswichtiger Bedeutung - deshalb muss klar geregelt werden, dass sie sich mit ihren Hunden uneingeschränkt in öffentlichen Bereichen und Einrichtungen bewegen können. Mit dem jetzt verabschiedeten Antrag übernimmt Niedersachsen eine wichtige Vorreiterrolle, um die Gleichstellung durch Assistenzhunde unterstützter Menschen auch auf Bundesebene weiter voranzutreiben und hier sind noch ‚dicke Bretter‘ zu bohren.

Auch die Kostenübernahme für die Anschaffung eines Assistenzhundes soll, so fordert es unser Antrag, künftig gesetzlich geregelt werden. Bislang gibt es keine einheitliche Regelung für eine Kostenübernahme oder Zuschussung. Aktuell entscheiden das die Krankenkassen im Einzelfall - leider meist zu Ungunsten der Betroffenen. Für Klarheit könnte hier die Anerkennung ausgebildeter Assistenzhunde als Hilfsmittel und die damit verbundene Aufnahme ins Hilfsmittelverzeichnis sorgen. Blindenführhunde sind bereits

als Hilfsmittel anerkannt - eine entsprechende Einstufung aller anderen Assistenzhunde wäre ein wichtiger Schritt zur Gleichbehandlung.

Trotz dramatischer wirtschaftlicher Lage auf den Höfen – Agrarminister lässt Niedersachsens Landwirte auf Fördergelder warten

Unser stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Frank Oesterhelweg, hat im Rahmen der Aktuellen Stunde heftige Kritik an der verspäteten Auszahlung der so genannten Greeningprämie sowie der Agrarumweltmaßnahmen an Niedersachsens Landwirte geübt. „Angesichts des schwierigen Wirtschaftsjahres 2014/15 ist die Lage auf den Höfen mehr als angespannt. Die Landwirte warten händeringend auf die Auszahlung der Fördergelder, die der Landwirtschaftsminister wiederholt für Dezember zugesichert hat“, sagte Oesterhelweg.

Neben Thüringen ist Niedersachsen das einzige Bundesland, das die Agrarfördermittel der EU zu spät auszahlt. So soll die Greeningprämie, die mit 87 Euro pro Hektar ein Drittel der gesamten Betriebsförderung ausmacht, erst im Februar an die Landwirte überwiesen werden. Einige Betriebe, in denen noch nicht alle Kontrollen abgeschlossen sind, müssen sogar auf die gesamte Prämienauszahlung warten - und das obwohl die EU-Kommission längst grünes Licht gegeben hat. Oesterhelweg: „Fast alle anderen Landesregierungen schaffen es, den Betrieben die dringend benötigten Zahlungen noch im Dezember zur Verfügung zu stellen - nur Landwirtschaftsminister Meyer wird wieder einmal wortbrüchig. Er lässt seine Arbeit liegen und die Landwirte im Regen stehen.“

Neben dem Russland-Embargo waren es vor allem die sinkenden Erzeugerpreise, die den Landwirten im vergangenen Geschäftsjahr schwer zu schaffen machten. Die Landwirtschaftskammer hat für 2014/15 einen Gewinnrückgang um rund 45 Prozent

errechnet. „Die wirtschaftliche Lage auf vielen Höfen ist dramatisch. Was Niedersachsens Landwirte in diesen schwierigen Zeiten dringend bräuchten, wäre ein Minister, der hinter ihnen steht und ihnen nicht noch zusätzliche Steine in den Weg legt“, so der CDU-Fraktionsvize. Er forderte die rot-grüne Landesregierung auf, die Auszahlung der Fördergelder deutlich zu beschleunigen. „Die Landwirte haben ihren Teil der Vereinbarung eingehalten, indem sie die vorgegebenen Bewirtschaftungsauflagen eingehalten haben, jetzt muss die verdiente Gegenleistung erfolgen - und zwar unverzüglich.“

Rot-grünes Personalvertretungsgesetz bleibt weit hinter Versprechungen zurück

Als „große Enttäuschung für die Gewerkschaften“ bezeichnet der CDU-Landtagsabgeordnete Rudolf Götz das rot-grüne Personalvertretungsgesetz, das im Landtag verabschiedet worden ist. „Noch vor der Landtagswahl wurde ein konkreter Forderungskatalog der Gewerkschaften als Initiative in den Landtag eingebracht - umgesetzt wird von SPD und Grünen jetzt jedoch nur ein geringer Teil der Versprechungen“, kritisiert Götz. So würden Freistellungen für Personalräte nicht wie angekündigt erweitert - die Beteiligungsrechte für Personalräte nur in geringem Umfang. „Im Schulbereich bedeutet das Gesetz sogar eine Verschlechterung für die Beschäftigten“, betont Götz.

Auch die Kommunen sowie die öffentlichen Versicherer und die Sparkassen seien zutiefst unzufrieden mit dem rot-grünen Gesetzentwurf, der für sie vor allem zusätzliche Kosten bedeute. „Erst lassen sich SPD und Grüne viel Zeit mit dem Gesetz, um es dann noch schnell vor den Personalratswahlen durch den Landtag zu peitschen“, sagt Götz. „Das jetzt verabschiedete Gesetz macht deutlich: Rot-Grün hat die Gewerkschaften betrogen.“

BERICHT AUS DEM EUROPAPARLAMENT**EU-Staaten einig über Reform der Energiekennzeichnung**

Die Energieminister der EU-Staaten haben sich bei ihrem Treffen in Brüssel auf Grundzüge einer Neufassung der Energiekennzeichnung geeinigt. Nun stehen aber noch Verhandlungen mit dem EU-Parlament an, beide Seiten müssen sich einig werden.

Mit Hilfe der bunten Skala von dunkelgrün bis rot beziehungsweise einer Kennzeichnung mit Buchstaben von A bis G können Verbraucher erkennen, wie energieeffizient Haushaltsgeräte sind. Da die Geräte mit den Jahren immer besser geworden sind, werden die obersten Kategorien immer voller, die untersten bleiben leer. Deshalb wurden vor einigen Jahren zusätzliche Kategorien bis hin zu A+++ für besonders effiziente Kühlschränke oder Waschmaschinen geschaffen.

Nun allerdings sollen die Einstufungen auf EU-Ebene grundsätzlich überarbeitet werden. Die Mitgliedstaaten wollen dabei zum Beispiel die besten ein oder zwei Klassen frei lassen, um Raum für technische Verbesserungen zu lassen. Die genaue Ausgestaltung soll die EU-Kommission noch erarbeiten. Für eine Übergangszeit sollen die alten Effizienz-Label neben den Etiketten mit der neuen Skala stehen. Händler müssen die Geräte so kennzeichnen, dass die Einstufung für den Kunden im Laden gut erkennbar ist.

Richtlinie zur verbesserten Barrierefreiheit von Produkten und Dienstleistungen

Die EU-Kommission veröffentlichte am 02.12. einen Richtlinienvorschlag, wonach gemeinsame europäische Regeln zur Barrierefreiheit für wichtige Produkte und Dienstleistungen zukünftig die soziale Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen erleichtern sollen. Die gemeinsamen europäischen Barrierefreiheitsanforderungen werden danach für eine Reihe wichtiger Produkte und Dienstleistungen gelten wie Computer,

Fahrausweisautomaten, Smartphones, Fernsehgeräte, Bankdienstleistungen, E-Books und den elektronischen Handel. Dabei wird geregelt werden, welche Merkmale eines Produkts oder einer Dienstleistung barrierefrei gestaltet sein müssen. Der Vorschlag betrifft die Produkte und Dienstleistungen, für die in den Mitgliedstaaten unterschiedliche Barrierefreiheitsanforderungen gelten. Die Richtlinie soll die Funktionsweise des Binnenmarktes verbessern, indem sie es für die Unternehmen leichter macht, barrierefreie Produkte und Dienstleistungen grenzüberschreitend anzubieten. Auch im Rahmen der EU-Vorschriften über die Vergabe öffentlicher Aufträge und über die Verwendung der EU-Fonds sollen die gleichen Anforderungen an die Barrierefreiheit gelten. Menschen mit Behinderungen wird dadurch ein größeres Angebot barrierefreier Produkte und Dienstleistungen zu erschwinglicheren Preisen zur Verfügung stehen, so die Erwartung der Kommission. Der Vorschlag beruht auf dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, das im Jahr 2011 in der EU in Kraft trat.

Vereinfachung der gemeinsamen Agrarpolitik

Über die Vereinfachung der gemeinsamen Agrarpolitik diskutierte der Agrarrat. Agrarkommissar Hogan unterstrich anfangs, bei der Vereinfachung handele es sich um eine Schlüsselpriorität der Kommission, so sei diese auch im Programm von Kommissionspräsident Juncker verankert. Die Vereinfachung müsse sich darauf konzentrieren, was den Landwirten wirklich zugutekomme. Daher beinhalte die Vereinfachungsagenda einen Bottom-Up-Ansatz und bedürfe der engen Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten und Rat. Man dürfe keinen „Urknall“ erwarten, es handele sich vielmehr um einen Vereinfachungsprozess, der weiter geführt und entwickelt werden müsse. So werde ge-

plant, Echtzeitmitteilungen mittels Dashboards einzuführen. Ebenso sollen die Junglandwirte-Regelungen sowie Regelungen im Bereich der freiwilligen gekoppelten Zahlungen flexibler gestaltet werden. Nach seinem Zeitplan sollten diese Änderungen noch 2015 verabschiedet werden, so dass sie ab 2016 angewandt werden könnten. Außerdem habe er Vorschläge zur privaten Lagerhaltung (pLH), zur öffentlichen Intervention, zu Ein- und Ausfuhrgenehmigungen und zu den Erzeugerorganisationen vorgelegt und zum Teil bereits umgesetzt. Im Bereich der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) sollen die Sekundärrechtsakte massiv reduziert werden. Weitergehende Vereinfachungen seien allerdings nur über eine Änderung des Basisrechts möglich. Dies stehe im Spannungsfeld zwischen Vereinfachung und Stabilität. Er sei dafür offen, sofern sich die Mitgliedstaaten einig seien. Dann könnten auch Änderungen bei den ökologischen Vorrangflächen oder bei der Definition des aktiven Landwirts erfolgen.

Konsultation zur Abschaffung von Roaminggebühren

Am 26.11. hat die Europäische Kommission ihre Konsultation zur Abschaffung der Roaminggebühren eröffnet. Bis zum 18.02.2016 werden die Antworten von Mobilfunkanbietern, Verbraucherorganisationen, Regulierungsbehörden, Verwaltungen, Unternehmen und Bürgern über die Internetseite entgegengenommen. Ziel der Befragung ist es, zunächst Rückmeldungen aus dem Markt für die Durchführung der Überprüfung des Roaming-Marktes zu bekommen. Als zweites geht es um die Frage, welche Regeln seitens der Kommission benötigt werden, um die sog. Fair-Use-Policy umzusetzen. Als drittes möchte die Kommission Meinungen einholen, wie der Nachhaltigkeitsmechanismus gestaltet sein sollte, damit Telekommunikationsdienstleistungen im Ausland zum heimischen Preis angeboten werden können.

UNTERWEGS IM UND FÜR DEN WAHLKREIS

Diskussion zum Masterplan ÖPNV in Schwarmstedt



Treffen mit Eckehard Vatter und Henrik Rump

Gemeinsam mit Henrik Rump und Eckehard Vatter (UWG) erarbeiteten wir, wie der Masterplan ÖPNV auf Samtgemeindeebene in kleinen Schritten umgesetzt werden kann. In unserem überwiegend ländlich geprägten Heidekreis, ist es notwendig durch Vernetzung von unterschiedlichen Verkehrsträgern die Mobilität sicherzustellen.

Bei dieser Gelegenheit ist uns aufgefallen, dass der gut angenommene Bürgerbus unserer Samtgemeinde Schwarmstedt seinen Fahrplan ins Internet gestellt hat, jedoch die Verknüpfungen zu anderen Verbindungen, wie beispielsweise Bahn, Anschlussbus und so weiter nicht angegeben sind. Hier gibt es noch Optimierungsbedarf, zumal dadurch die Attraktivität des ÖPNV gesteigert werden kann. Dabei ist jedoch nicht außer Acht zu lassen, dass der Bürgerbusverein ehrenamtlich arbeitet und es hierbei zu keiner Überforderung kommen darf!

Für unsere Samtgemeinde wäre es schon ein Gewinn, wenn der Fahrplan des Bürgerbusses gleichzeitig mit dem Fahrplan des erixx und dem Anschlussbus nach Wietze verknüpft werden könnte.

Gerade für unsere älteren Bürger ist die Steigerung von Mobilität in alle zukünftigen Überlegungen einzubeziehen. Wenn es uns gelingt, unser bereits gutes Angebot in der Samtgemeinde noch zu optimieren, sind wir einen wichtigen Schritt weiter.

Richtfest im Nds. Landtag in Hannover



V. lks.: Gudrun Pieper, Heiner Schönecke, Finanzminister Schneider, Landtagspräsident Bernd Busemann, Horst Schiesgeries und Dr. Stephan Siemer

Rund 350 Gäste konnten sich bei dem Richtfest des Landtages ein Bild davon machen, dass der Umbau weiter voranschreitet. Wir sind im Zeit- und im Kostenplan. Und das trotz Sanierung im Bestand. Mit dem Richtfest beginnt auch eine neue Bauphase. Der Innenausbau soll im Januar beginnen. Im Sommer 2017 wird mit der Fertigstellung gerechnet. Es entsteht kein Luxusbau, sondern ein funktionsfähiges, bürgerfreundliches Gebäude. Der neue Landtag wird inklusiv gestaltet. Es wird ein großer Lift für Rollstuhlfahrer installiert, der direkt in die 900 Quadratmeter große Empfangshalle des Plenarsaals führt. Auch der Saal selbst wird barrierefrei gebaut.

2-tägige Besichtigungsfahrt des Elbe-Seitenkanals



Lutz Winkelmann, Gudrun Pieper, Karin Bertholdes-Sandrock, Heiner Schönecke, Horst Schiesgeries, Jörg Hillmer, Ingrid Klopp und Ernst-Ingolf Angermann(v.lks.)

Bei einer zweitägigen Besichtigungsfahrt des Elbe-Seitenkanals informierte ich mich mit meinen CDU-Landtagskollegen aus Nordostniedersachsen

über die wichtigsten Stationen des Kanals. Wir müssen uns für die A 39 und die Erweiterung des Elbe-Seitenkanals (ESK) einsetzen, um die Region zu stärken. Dabei nutzten wir unter anderem die Gelegenheit uns das einst weltgrößte Schiffshebewerk Scharnebeck anzusehen, um uns die Bedeutung der neuen Schleuse am Elbe-Seitenkanal (ESK) vor Augen führen zu lassen. In Uelzen besichtigten wir die erweiterte Schleuse Esterholz. Auf dem Programm standen zudem die Häfen Wittungen und Fallersleben. Wir informierten uns dort über Probleme, Entwicklungsmöglichkeiten und Logistik. Wir sind uns einig, dass der Bau der A 39 für Aufschwung in den jeweiligen Häfen und den nahen Städten wie Lüneburg, Uelzen und Wittungen sorgen und gleichzeitig zur Entlastung der Verkehre auf der A7 führen wird.

Infoveranstaltung zum Thema Wolf in Wietzendorf



Eine sehr informative Veranstaltung zum Thema „Der Wolf ist zurück – was wird nun?“

Über 150 Weidetierhalter beschrieben und diskutierten in Wietzendorf über die Gefahren, die vom Wolf ausgehen. Es war schon erschreckend, wie elendig die Weidetiere verenden müssen und welche Ausmaße ein Problemwolf bereitet. Unsere Forderung, ihn zu entnehmen ist richtig. Doch auch ein weitblickendes Management ist erforderlich. Minister Wenzel muss endlich handeln! Praktisches Handeln ist hier dringend notwendig! Verhaltensauffällige Tiere müssen entnommen werden dürfen. Sonst könnte die Akzeptanz zur Ansiedelung des Wolfes schwinden.

Besonders gefreut habe ich mich über den Besuch einer Gruppe aus meinem Wahlkreis. Lesen Sie dazu mehr im nächsten Blickpunkt.